



## BürgerInnenbeteiligung und Informationsarbeit

Die Beteiligung von BürgerInnen und ihre Mitsprache(möglichkeiten) bei wichtigen Vorhaben der lokalen Planung und Politik sind zu einem wichtigen Qualitätsmerkmal von Kommunalpolitik und -verwaltung geworden. BürgerInnenbeteiligung wird dabei immer weniger als formal und gesetzlich geregeltes "Beteiligungsverfahren" verstanden, sondern stärker als **wechselseitiger Informations-, Kommunikations-, Lern- und Kooperationsprozess** zwischen den an Planungs- und Entwicklungsvorhaben mitwirkenden bzw. von ihnen betroffenen Akteuren. BürgerInnenbeteiligung umfaßt dabei ein sehr breites Spektrum von Kommunikations- und Kooperationsformen, letztendlich mit dem Ziel der Konsensfindung in offenen Diskussions-, Planungs- und Aushandlungsprozessen.

Formen und Verfahren der BürgerInnenbeteiligung haben auch im Rahmen der aktuellen Bemühungen zur Verwaltungsmodernisierung, die auch auf eine Veränderung der Politik und

eine **Neudefinition des Verhältnisses zwischen BürgerInnen, Politik und Verwaltung** insgesamt abzielt, einen hohen Stellenwert. Im Rahmen einer integrierten Modernisierungsstrategie (im Kräftedreieck zwischen BürgerInnen, Politik und Verwaltung) spielen daher BürgerInnenorientierung von Politik und Verwaltung einerseits, Mitwirkungsbereitschaft und Beteiligungsmöglichkeiten der BürgerInnen (bis hin zu Selbsthilfemöglichkeiten) andererseits eine herausragende Rolle.

Eine zentrale Voraussetzung von BürgerInnenbeteiligung ist das **Informiertwerden und Informiertsein der BürgerInnen** über wichtige Angelegenheiten und Vorhaben der (lokalen) Planung und Politik und des Verwaltungshandelns. Nur wer (frühzeitig und umfassend) informiert wird und sich selbst über wichtige Vorhaben der lokalen Planung und Politik informiert, ist auch interessiert und kann sich an Diskussions- und Entscheidungsprozessen aktiv beteiligen.

Gründe genug also, um die Wiesbadener BürgerInnen zu ihrer Bewertung der kommunalen Informations- und Öffentlichkeitsarbeit, zu ihrem Informationsverhalten und zu den Mitwirkungsmöglichkeiten und dem tatsächlichen Mitwirkungsverhalten zu befragen. In der **Bürgerbefragung 1998** wurden die BürgerInnen darüber hinaus zum Bekanntheitsgrad des Bürgertelefons in Wiesbaden befragt sowie zu ihren eigenen Vorschlägen, wie BürgerInnen sich besser an Planungs- und Entscheidungsprozessen beteiligen können <sup>1</sup>.

---

<sup>1</sup> Eine Bürgerbefragung wird in Wiesbaden seit 1986 alle 2 Jahre zu verschiedenen Themenbereichen der Stadtentwicklung (Mehrthemenumfrage) als telefonische Befragung von jeweils ca. 1.000 BürgerInnen durchgeführt. Zur Methode und zu früheren Wiesbadener Befragungen vgl. z. B.:

DOLLINGER, Britta: Lebensbedingungen und Lebensqualität in Wiesbaden - ausgewählte Lebensbereiche im Urteil der BürgerInnen. in: DIFU (= Deutsches Institut für Urbanistik) (Hrsg.): Lebensqualität und städtische Dienstleistungen aus Bürgersicht. Ergebnisse der kommunalen Umfrageforschung aus 14 Städten. Berlin 1994, S. 169 - 178

DOLLINGER, Britta: Planung und Politik im Urteil der Wiesbadener Bürgerschaft - Umfrageergebnisse 1996. Wiesbaden Jan. 1997 (Wiesbadener Lokalbarometer)

HARTH, Annette: Die Stadt im Urteil ihrer BürgerInnen. Umfrage zur Stadtentwicklung 1990. Wiesbaden 1991 (Wiesbadener Stadtanalysen Nr. 3)

HARTH, Annette: Wohnen in Wiesbaden. Soziale Disparitäten - Problembereiche - Entwicklungsperspektiven. Wiesbaden 1991 (Wiesbadener Stadtanalysen Nr. 5)

LETTKO, Barbara: Bürgerfreundlichkeit der Wiesbadener Stadtverwaltung. Wiesbaden 1999 (Wiesbadener Stadtanalysen Nr. 13)

LH WIESBADEN-STATISTISCHES AMT UND WAHLAMT: Wiesbaden ist teuer, elegant und welttoffen. Die Stadt im Urteil ihrer BürgerInnen und Bürger. Umfrageergebnisse zur Stadtentwicklung 1988

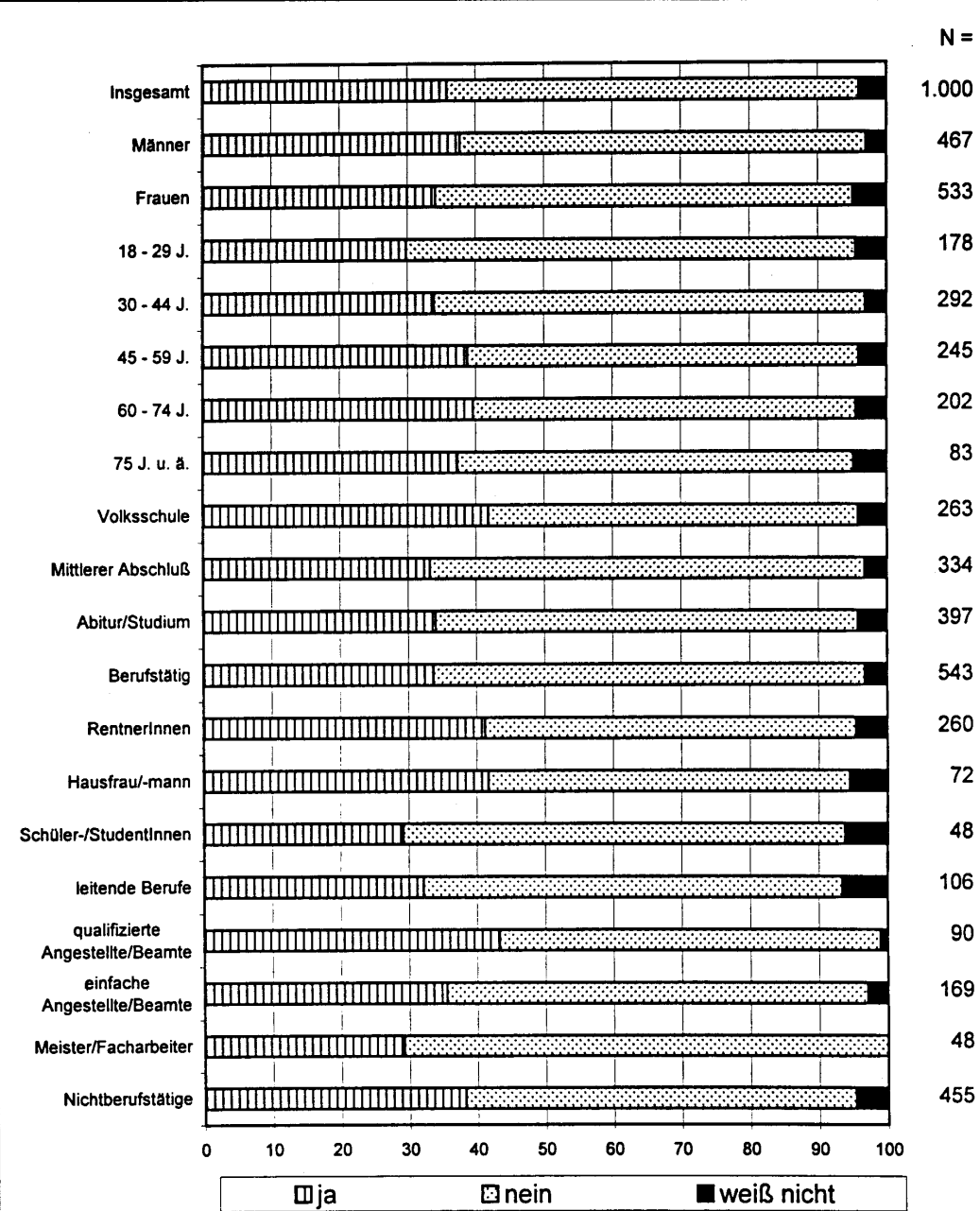
LH WIESBADEN - AMT FÜR WAHLEN, STATISTIK UND STADTFORSCHUNG: Tabellenband zur Umfrage 1992

## **Bewertung der kommunalen Informationsarbeit**

Nur gut ein Drittel (36 %) der 1.000 befragten WiesbadenerInnen insgesamt fanden, "dass die Stadt genügend tut, um die BürgerInnen über ihre Planungsvorhaben zu unterrichten". Dagegen verneinten 60 % diese Frage. Während die Beurteilung bei den männlichen Befragten leicht positiver ausfiel als bei den weiblichen, zeigte sich in der Differenzierung nach dem Merkmal "Alter", dass die jüngeren und mittleren Altersgruppen die Informationsarbeit der Stadt negativer bewerten als die Personen über 45 Jahren. Auch in sozialstruktureller Hinsicht zeigten sich Unterschiede: Personen mit höheren formalen Bildungsabschlüssen, Berufstätige (insbesondere in leitenden Berufen und MeisterInnen/FacharbeiterInnen) sowie Schüler-/StudentInnen bewerteten die Bemühungen der Stadt zur Information ihrer BürgerInnen über Planungsvorhaben deutlich negativer als Personen mit einfachem Schulabschluss (Volksschule) sowie RentnerInnen und Hausfrauen/-männer (vgl. Abb. 1). Dagegen hatte die Wohndauer in Wiesbaden und die Haushaltsgröße keinen klar erkennbaren Zusammenhang mit der Bewertung der kommunalen Informationsarbeit.

**Abb. 1: Bewertung der kommunalen Informationsarbeit**

Frage: "Finden Sie, dass die Stadt genügend tut, um die Bürger über ihre Planungsvorhaben zu unterrichten?"



Quelle: Umfrage zur Stadtentwicklung 1998

Amt für Wahlen, Statistik und Stadtforschung

### **Informationsverhalten der Wiesbadener BürgerInnen**

Das Interesse für Projekte der Stadtentwicklung und die Bereitschaft zur Beteiligung an Willensbildungs- und Entscheidungsprozessen ist in hohem Maß vom Grad der Informiertheit (aber auch von der Betroffenheit) abhängig. Neben Art und Umfang der Informations- und Öffentlichkeitsarbeit durch Planung, Politik und Verwaltung spielt hier auch das **persönliche Informationsverhalten der BürgerInnen** eine wichtige Rolle.

Als Informationsquellen am weitaus wichtigsten sind die **(lokalen und regionalen) Medien**. Von 85 % der Befragten wurde das Medium "Zeitung" als Quelle der Information angegeben, zusätzlich werden von 5 % der Befragten (lokale) Stadtteil- und Anzeigenblätter als Informationsquellen betrachtet. Für gut 15 % der Befragten sind auch (lokaler und regionaler) Rundfunk sowie das (Regional-)Fernsehen bedeutsame Informationsquellen (vgl. Tab. 1).

Weitaus seltener genannt, aber offensichtlich doch von einiger Bedeutung ist die **"Mund-zu-Mund-Propaganda"**, also all das, was man in Gesprächen mit Bekannten und/oder ArbeitskollegInnen über Vorhaben und Projekte zur

Stadtentwicklung in Wiesbaden erfährt. 10 % bzw. 7 % der Befragten nannten diese Informationsquellen.

An dritter Stelle der Bedeutungsskala rangieren verschiedene **politische Gremien bzw. Veranstaltungen** als für die BürgerInnen bedeutsame Informationsquellen. Die 26 Ortsbeiräte Wiesbadens sind für immerhin ca. 5 % der Befragten eine wichtige Quelle der Information; auch die Bürgerversammlungen (die ja meist speziell im Zusammenhang mit größeren Planungsvorhaben durchgeführt werden) sind in der Bewertung der Befragten nicht unwichtig. Obwohl seit 1993 eingestellt, ist die früher (vier mal pro Jahr) durchgeführte Veranstaltung "Magistrat vor Ort" als bürgerInnen- und stadtteilorientierte Veranstaltung auch als wichtige Informationsquelle zu lokalen Planungen und Stadtteilentwicklungen im Gedächtnis einiger BürgerInnen haften geblieben. Bürgerinitiativen spielen als Informationsquelle nur für relativ wenige BürgerInnen eine wichtige Rolle.

Eine gewisse Bedeutung haben auch **Wurfsendungen** (Informationsbroschüren an alle Haushalte), Informationen auf **Plakaten**, Aushängen etc. sowie **Parteimitteilungen**. Ca. 7 % der Befragten nannten diese Informationsquellen.

<b>Tab. 1: Informationsquellen der Befragten zu Themen der Wiesbadener Stadtentwicklungsplanung</b>		
Frage: Auf welche Weise informieren Sie sich über die Wiesbadener Stadtentwicklungsplanung? (Mehrfachnennungen möglich)		
<b>Informationsquellen</b>	<b>Nennungen</b>	
	<b>absolut</b>	<b>%</b>
<b>Presse/Medien</b>	<b>1.050</b>	<b>105,0</b>
Zeitung	849	84,9
Rundfunk/Fernsehen	154	15,4
Stadtteilblatt	47	4,7
<b>"Mund-zu-Mund-Propaganda"</b>	<b>163</b>	<b>16,3</b>
Gespräche/Mund-zu-Mund-Propaganda	95	9,5
Bekannte/ArbeitskollegInnen	68	6,8
<b>Öffentliche/Städtische/Bürgergruppen</b>	<b>105</b>	<b>10,5</b>
Ortsbeirat	47	4,7
Bürgerversammlung	31	3,1
Magistrat vor Ort	16	1,6
Bürgerinitiative	11	1,1
<b>Mitteilungen/Anschläge</b>	<b>69</b>	<b>6,9</b>
Wurfsendungen/Infos im Briefkasten	29	2,9
Plakate	22	2,2
Parteimitteilungen	18	1,8
<b>direkter/persönlicher Umgang</b>	<b>25</b>	<b>2,5</b>
direkter Kontakt zu politisch Verantwortlichen/zur Stadtverwaltung/kenne die Verantwortlichen	13	1,3
durch Beruf/am Arbeitsplatz	8	0,8
öffentliches/politisches Engagement	4	0,4
<b>Sonstiges</b>	<b>40</b>	<b>4,0</b>
<b>weiß nicht/keine Angaben</b>	<b>5</b>	<b>0,5</b>
<b>Informiere mich gar nicht</b>	<b>81</b>	<b>8,1</b>
<b>Nennungen insgesamt</b>	<b>1.538</b>	<b>153,8</b>
<b>Befragte insgesamt</b>	<b>1.000</b>	<b>100</b>
Quelle: Umfrage zur Stadtentwicklung 1998		
Amt für Wahlen, Statistik und Stadtforschung		

Schließlich spielt auch der **direkte/persönliche Umgang** eine gewisse Rolle im Hinblick auf die Informationsmöglichkeiten zur Wiesbadener Stadtentwicklungsplanung, sei es durch berufliche Kontakte (Arbeitsplatz in der Verwaltung), durch direkte Kontakte zu politisch Verantwortlichen und/oder zur Verwaltung, durch persönliches Kennen von (politisch und/oder administrativ) Verantwortlichen oder durch eigenes öffentliches/politisches Engagement.

Insgesamt ist das **Informationsinteresse stark ausgeprägt**, denn nur weniger als 10 % der Befragten brachten zum Ausdruck, dass sie sich über die Wiesbadener Stadtentwicklungsplanung nicht informieren.

#### **Bekanntheit des Bürger-Telefons**

Das beim Amt für Öffentlichkeitsarbeit eingerichtete Bürgertelefon (Tel.-Nr. 31-25 00) ist ein Angebot der Stadt an alle BürgerInnen, ihre Wünsche, Anfragen, Anregungen, aber auch Beschwerden und Kritik zu verschiedenen Themenbereichen auf Tonband zu sprechen. Sowohl die Anregungen und Vorschläge als auch die Kritik und Beschwerden der BürgerInnen geben der Verwaltung (aber auch Planung und Politik) wichtige Hinweise für (notwendige) Verbesserungen und Reformvor-

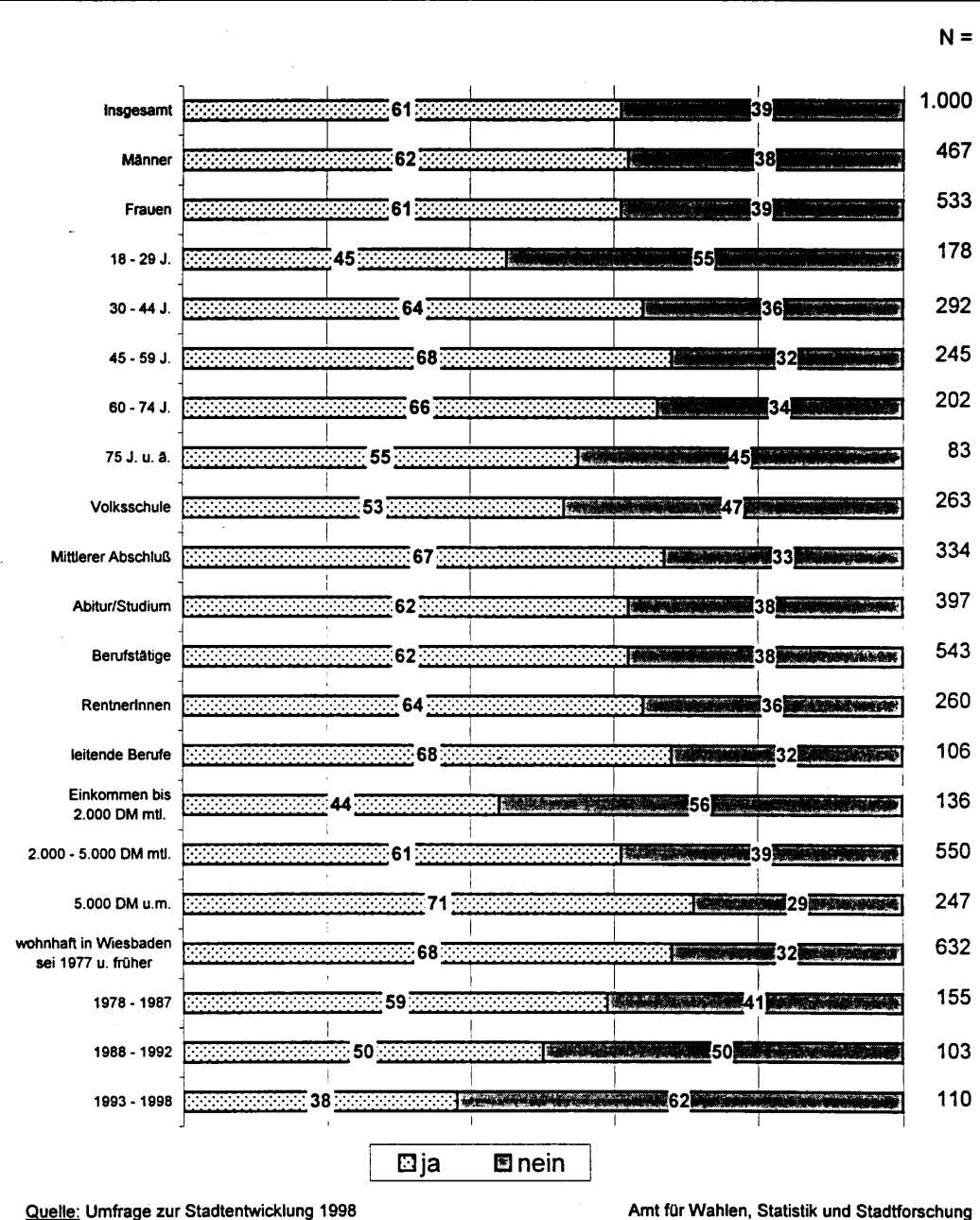
haben. Es ist daher ein wichtiges Instrument einer bürgerInnenorientierten Verwaltung als auch der BürgerInnenbeteiligung.

Gut 60 % der befragten WiesbadenerInnen hatten schon mal vom Bürgertelefon gehört, knapp 40 % der Befragten war diese Einrichtung unbekannt (obwohl 4 mal pro Jahr durch Mitteilungen in der Lokalpresse auf die Einrichtung des Bürgertelefons aufmerksam gemacht wird).

Der Bekanntheitsgrad des Bürgertelefons variiert vor allem in Abhängigkeit vom Alter, dem Berufs- und Sozialstatus sowie der Wohndauer der Befragten: Jugendlichen und jungen Erwachsenen (bis unter 30 Jahre) ist das Bürgertelefon am wenigsten bekannt (45 %) und auch alten Menschen (über 75 Jahre) ist die Einrichtung nur gut zur Hälfte bekannt (55 %), während von den mittleren Altersgruppen (30 - 59 J.) und den "jungen Alten" (60 - 74 J.) jeweils etwa zwei Drittel das Bürgertelefon kennen. Nach dem Erwerbsstatus betrachtet, ist das Bürgertelefon daher entsprechend am wenigsten bei SchülerInnen und StudentInnen bekannt (45 %), während es bei RentnerInnen und Hausfrauen/-männern, aber auch bei Berufstätigen deutlich häufiger bekannt ist (62 -

**Abb. 2: Bekanntheitsgrad des Wiesbadener Bürgertelefons**

Frage: Es gibt in Wiesbaden die Einrichtung des Bürgertelefons. Jeder hat die Möglichkeit, direkt im Rathaus anzurufen, wenn er zu Angelegenheiten der Stadt eine Frage hat oder sich beschweren will. Haben Sie schon einmal vom Bürgertelefon gehört?



64 %). Befragten in leitenden Berufen und Personen mit höherem Einkommen war diese Einrichtung ebenfalls häufiger bekannt als Personen mit niedrigeren Berufspositionen und niedrigeren Einkommen. Personen, die seit Geburt in Wiesbaden wohnen, ist das Bürgertelefon zu gut 70 % bekannt, während mit abnehmender Wohndauer der Bekanntheitsgrad auf unter 40 % abnimmt.

#### **Einflußnahme auf Maßnahmen der Wiesbadener Stadtplanung**

Sich für Vorhaben und Projekte der Stadtentwicklung zu interessieren und sich darüber aus verschiedenen Quellen zu informieren, bedeutet noch lange nicht, eine **aktive Mitwirkung** zu entwickeln und auf Planungs- und Entscheidungsprozesse Einfluß zu nehmen. So bekundeten auch fast 70 % der Befragten, dass sie bisher noch nicht versucht hatten, "auf einzelne Maßnahmen der Wiesbadener Stadtplanung", die sie besonders interessierten, Einfluß genommen zu haben.

Von den 32 % der Befragten, die nach ihrer Angabe schon einmal auf Vorhaben der Stadt(entwicklungs-)planung Einfluß genommen hatten, hatten dies gut die Hälfte durch unterschiedliche **Formen direkter/persönlicher Beteiligung** getan. Neben der Teilnahme an

Bürgerversammlungen sowie Informations- und Diskussionsveranstaltungen mit PolitikerInnen und StadtplanerInnen war für etliche BürgerInnen die Einflußnahme über die Ortsbeiräte und die Beteiligung am Bürgerentscheid (bisher nur ein Bürgerentscheid in Wiesbaden zum Dernschen Gelände) relevant. Die eigene politische Tätigkeit (z. B. in Ortsbeiräten, Ausschüssen etc.) sowie die Beteiligung an Bürgerumfragen, die Kontakte zu Zuständigen bzw. die persönliche Ansprache von Verantwortlichen war dagegen weniger bedeutsam.

Auch die **Beteiligung in Bürgerinitiativen und an Protestaktionen** war für fast jeden 6. Befragten eine schon praktizierte Form der Einflußnahme. 9 % hatten sich schon einmal an Unterschriftensammlungen, 6 % in Bürgerinitiativen beteiligt, während die aktive Beteiligung an Protestaktionen (z. B. in Form von Demonstrationen) nur bei relativ wenigen erfolgte.

Als weitere aktive Formen der Einflußnahme nannten gut 6 % der Befragten, Briefe an die Stadtverwaltung bzw. den Oberbürgermeister geschrieben, über Leserbriefe in der Zeitung (bzw. Stadtteilzeitung) oder über die Partei(en) Einfluß auf Vorhaben der Stadtplanung in Wiesbaden genommen zu haben.



<b>Tab. 2: Einflußnahme auf Maßnahmen der Wiesbadener Stadtplanung</b>		
Frage: Haben Sie schon einmal versucht, auf einzelne Maßnahmen der Wiesbadener Stadtplanung, die Sie besonders interessieren, Einfluß zu nehmen?		
<b>Einflußnahme durch</b>	<b>Nennungen</b>	
	<b>absolut</b>	<b>%</b>
<b>Direkte/persönliche Einflußnahme</b>	<b>173</b>	<b>17,3</b>
Teilnahme an Bürgerversammlung	46	4,6
Bürgerentscheid über den Ortsbeirat	33	3,3
öffentliche Veranstaltungen/Infoveranstaltungen, Diskussionsveranstaltung mit Politikern und Stadtplanern	32	3,2
eigene polit. Arbeit/Tätigkeit in Ausschüssen	27	2,7
Bürgerumfrage	13	1,3
Kontakte zu Zuständigen/persönl. Ansprache der Verantwortlichen	11	1,1
<b>Bürgerinitiativen/Protestaktionen</b>	<b>160</b>	<b>16,0</b>
Beteiligung an Unterschriftensammlung	89	8,9
Mitmachen bei Bürgerinitiativen	61	6,1
Protestaktionen/Demos	10	1,0
<b>Indirekte Einflußnahme</b>	<b>63</b>	<b>6,3</b>
Briefe an Stadtverwaltung/OB	32	3,2
Leserbriefe in der Zeitung/Stadteilzeitung	18	1,8
über die Partei(en)	13	1,3
<b>Sonstiges</b>	<b>24</b>	<b>2,4</b>
<b>weiß nicht/keine Angaben</b>	<b>5</b>	<b>0,5</b>
<b>Nein</b>	<b>675</b>	<b>67,5</b>
<b>Nennungen insgesamt</b>	<b>1.100</b>	<b>110</b>
<b>Befragte insgesamt</b>	<b>1.000</b>	<b>100</b>
<b>Quelle:</b> Umfrage zur Stadtentwicklung 1998		
<b>Amt für Wahlen, Statistik und Stadtforschung</b>		

### **Vorschläge zur BürgerInnenbeteiligung**

Seit Jahren werden in der Wissenschaft, aber auch in der kommunalen Praxis verschiedene Möglichkeiten diskutiert, wie BürgerInnen sich besser an Planungs- und Entscheidungsprozessen beteiligen können. Die kommunale Bürgerbefragung bot den BürgerInnen selbst die Möglichkeit, ihre Vorschläge kundzutun und dabei sowohl auf die Notwendigkeiten als auch auf die Möglichkeiten für eine bessere (= frühzeitigere, umfangreichere, intensivere) Beteiligung an Planungs- und Entscheidungsprozessen hinzuweisen.

45 % der insgesamt 1.000 befragten Wiesbadener BürgerInnen machten dazu eigene Vorschläge (54 % nicht). Dabei waren die Männer, die jüngeren und mittleren Altersgruppen (18 - 59 Jahre), die Personen mit höheren Bildungsabschlüssen, mit leitenden und qualifizierteren Berufen, mit höherem Einkommen und mit längerer Wohndauer in Wiesbaden stärker vertreten.

85 % der 453 Befragten, die konkrete Vorschläge zur BürgerInnenbeteiligung bei Planungs- und Entscheidungsprozessen machten, plädierten für eine **Ausweitung der BürgerInnenbeteili-**

**gung insgesamt** und nannten als **Methoden, Instrumente und Verfahren** dazu insbesondere

- Bürgerabstimmungen und BürgerInnenbefragungen (Bürgerentscheide) (30 %),
- Bürgerversammlungen und Diskussionsforen, öffentliche Anhörungen etc. (ca. 25 %),
- BürgerInnenumfragen und kommunale "Marktforschung" (5 %).

Den 453 Befragten, die Vorschläge zur BürgerInnenbeteiligung bei Planungs- und Entscheidungsprozessen machten, ist die **Verbesserung der Information** sehr wichtig. Die meisten Nennungen und Vorschläge bezogen sich hier auf

- Informationsmedien wie "Infoblätter"/Flugblätter oder direkte Anschreiben an die Betroffenen,
- insgesamt mehr Öffentlichkeitsarbeit zu betreiben,
- frühzeitige(re) Presseankündigungen von Veranstaltungen und frühere/rechtzeitige Informationen über Planungsvorhaben zu geben,
- eine bessere (= größere, auffallendere) Darstellung insbesondere in Zeitungen zu machen,
- mehr Informationsveranstaltungen etc. durchzuführen.

<b>Tab. 3: Vorschläge zur BürgerInnenbeteiligung</b>		
Frage: Gegenwärtig werden verschiedene Möglichkeiten diskutiert, wie BürgerInnen und Bürger sich besser an Planungs- und Entscheidungsprozessen beteiligen können. Haben Sie dazu bestimmte Vorschläge? Und welche Vorschläge sind das? (Mehrfachnennungen möglich, N = 453)		
<b>Vorschläge</b>	<b>Nennungen</b>	
	<b>absolut</b>	<b>%</b>
<b>Mehr BürgerInnenbeteiligung</b>	<b>383</b>	<b>84,5</b>
Bürgerabstimmungen, BürgerInnenbefragungen/Volksbefragung (Bürgerentscheide)	133	29,4
mehr BürgerInnenbeteiligung bei Entscheidungen	113	24,9
Bürgerversammlungen, Diskussionsforen, öffentliche Anhörungen	107	23,6
Umfragen, kommunale "Marktforschung"	23	5,1
Bürgerinitiativen	7	1,5
<b>Infoverbesserungen</b>	<b>277</b>	<b>61,1</b>
Infoblätter/Flugblätter/Anschreiben	83	18,3
Infoveranstaltungen	58	12,8
mehr Öffentlichkeitsarbeit	56	12,4
frühzeitige Presseankündigungen von Veranstaltungen	41	9,1
frühere/rechtzeitige Information (über die Planungsvorhaben)	16	3,5
besser/größer in Zeitung informieren	14	3,1
mehr/bessere Information/Offenheit/Transparenz	9	2,0
<b>BürgerInnennähe/aktive BürgerInnenansprache</b>	<b>109</b>	<b>24,1</b>
mehr BürgerInnennähe	42	9,3
Gespräche/Zugang zum Rathaus	27	6,0
über die Ortsbeiräte/Stadtteilforen/Stadtteilgespräche/Stadtteilorientierung	27	6,0
gezielte Information der Betroffenen/direkte Ansprache/auf die BürgerInnen zugehen/BürgerInnen ansprechen	13	2,9
<b>Erhöhung der Glaubwürdigkeit</b>	<b>18</b>	<b>4,0</b>
sollten bessere Politik/Planung machen/Wünsche der BürgerInnen ernst nehmen/auch danach handeln		
<b>Sonstiges</b>	<b>33</b>	<b>7,3</b>
<b>weiß nicht/keine Angaben</b>	<b>7</b>	<b>1,5</b>
<b>Nennungen insgesamt</b>	<b>827</b>	<b>182,6</b>
<b>Befragte insgesamt</b>	<b>453</b>	<b>100</b>
<u>Quelle:</u> Umfrage zur Stadtentwicklung 1998		
Amt für Wahlen, Statistik und Stadtforschung		

Eine Vielzahl von Vorschlägen der befragten BürgerInnen bezogen sich auch auf die Art und Weise, wie BürgerInnenbeteiligung (besser) zu praktizieren sei. Genannt wurden hier insbesondere

- insgesamt mehr BürgerInnennähe zu realisieren,
- mehr Gespräche zu führen und den "Zugang zum Rathaus" zu erleichtern,
- Stadtteilforen und Stadtteilgespräche anzubieten und BürgerInnenbeteiligung stadtteilorientiert (über die Ortsbeiräte) zu realisieren (6 %),
- mehr und bessere Informationen zu Planungsvorhaben in Offenheit und Transparenz anzubieten, auf die BürgerInnen zuzugehen und sie direkt anzusprechen.

Die Vorschläge der befragten BürgerInnen enthielten nicht nur Wünsche zu mehr und frühzeitige(n) Informationen zu Planungsvorhaben und zur Realisierung bestimmter Verfahren der BürgerInnenbeteiligung, sondern brachten auch den Wunsch zur **Erhöhung der Glaubwürdigkeit von Planung und Politik** zum Ausdruck: es sollte eine "bessere Planung und Politik" gemacht werden, die Wünsche der BürgerInnen sollten ernst genommen und es sollte auch danach gehandelt werden.

## **Fazit**

BürgerInnenbeteiligung hat als eine wichtige Voraussetzung das Informiertwerden und Informiertsein der BürgerInnen über wichtige Angelegenheiten und Vorhaben der lokalen Planung und Politik und des Verwaltungshandelns. Nur gut ein Drittel der 1.000 befragten WiesbadenerInnen fanden, "dass die Stadt genügend tut, um die BürgerInnen über ihre Planungsvorhaben zu unterrichten"; 60 % verneinten diese Frage.

Als **Informationsquellen** am weitaus wichtigsten sind die (lokalen und regionalen) Medien, insbesondere die Lokal- und Regionalpresse. Das **Informationsinteresse** ist insgesamt stark ausgeprägt, denn nur weniger als 10 % der Befragten informieren sich nicht über die Wiesbadener Stadtentwicklungsplanung.

Zwischen dem Informationsinteresse und der tatsächlichen aktiven Beteiligung an Planungs- und Entscheidungsprozessen besteht jedoch eine deutliche **Diskrepanz**: fast 70 % der Befragten hatten bisher noch nicht versucht, "auf einzelne Maßnahmen der Wiesbadener Stadtplanung" die sie besonders interessierten, Einfluß zu nehmen.

Für die 32 % der Befragten, die nach ihrer Angabe schon einmal auf Vorhaben der Stadtplanung Einfluß genommen hatten, spielten **unterschiedliche Formen direkter/persönlicher Beteiligung** die größte Rolle (Teilnahme an Bürgerversammlungen, Informations- und Diskussionsveranstaltungen mit PolitikerInnen und StadtplanerInnen, Einflußnahme über Ortsbeiräte, Beteiligung am Bürgerentscheid, Beteiligung in Bürgerinitiativen). Als weitere aktive Formen der Einflußnahme spielen Briefe an die Verwaltung bzw. den Oberbürgermeister, Leserbriefe in Zeitungen und Einflußnahme über die Partei(en) eine wichtige Rolle.

45 % der Befragten machten eigene **Vorschläge zur Verbesserung der BürgerInnenbeteiligung** bei Planungs- und Entscheidungsprozessen. Neben dem generellen Wunsch nach einer Ausweitung der BürgerInnenbeteiligung und dem gewünschten Einsatz bestimmter Methoden, Verfahren und Instrumente (Bürgerabstimmungen/Bürgerentscheide, Bürgerversammlungen/ Diskussionsforen/ Anhörungen, Bürgerbefragungen) steht die Verbesserung der (frühzeitigen) Information bei den Wünschen und Vorschlägen der BürgerInnen obenan. Verbunden damit sind Erwartungen an mehr BürgerInnennähe und einer akti-

ve BürgerInnenansprache durch Planung, Verwaltung und Politik sowie der Wunsch nach "Erhöhung der Glaubwürdigkeit" und Ernstnehmen der BürgerInnenwünsche.

Die Möglichkeiten der aktiven Beteiligung von BürgerInnen an Angelegenheiten des Gemeinwesens einschließlich der Möglichkeiten der Mitentscheidung und Mitverantwortung haben für die zukünftigen kommunalen Entwicklungen einen herausgehobenen Stellenwert. Dabei gilt es auch unter Beweis zu stellen, dass (repräsentative) Demokratie mit Formen der (direkten) BürgerInnenbeteiligung und einer anderen (reformierten, modernisierten) Form der Verwaltung zusammengehen kann.

*Bearbeiter: Karl-Heinz Simon*